

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Reichstages
und des Reichstages der Provinzialen
ausgegeben. — Erscheint wöchentlich.
Gesamtpreis: 1/2 Mark Nr. 23.

Veröffentlichung des Reichstages
und des Reichstages der Provinzialen
ausgegeben. — Erscheint wöchentlich.
Gesamtpreis: 1/2 Mark Nr. 23.

Telegramme: Tageblatt Auerzgerg. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 283

Freitag, den 5. Dezember 1924

19. Jahrgang

Koch an Stresemann.

In der „Nat. Ztg. Korrespondenz“ findet sich ein „offener Brief“ an den demokratischen Parteivorsitzenden Koch, den dieser wie folgt beantwortet hat: „Ihr Brief aus meiner Rede ist verkürzt und ungenau. Ich habe es in keiner der großen demokratischen Zeitungen in dieser Form gefunden und weiß nicht, aus welchem Blatte sie es entnommen haben. Aber auch dieses Brief ergibt nichts für ihre ungeheuerliche Behauptung, ich hätte Herrn Stresemann den Würder Rathenau genannt. Tatsächlich habe ich ausgeführt: „Herr Stresemann setzt genau dieselbe Politik fort, die seine Vorgänger gemacht haben, er gibt ihr nur einen neuen Namen. Hätte er sich schon zu der Zeit, wo rechts von ihm die furchtbare Wordhose gegen Rathenau wütete, zu dieser Politik bekannt, oder hätte er sich wenigstens neutral verhalten, anstatt Rathenau Politik zu bekämpfen, so hätte sich das Volk nicht durch die Fehler irreführen lassen, und es wäre nicht zu Ermordung Rathenaus, zum Ruinbruch und zu der furchtbaren Inflation gekommen.“ Darin liegt nichts als ein sachlicher Vorwurf gegen Herrn Stresemann, daß er so spät zur Einsicht gekommen ist. Darin liegt aber kein moralischer Vorwurf, denn es ist sein gutes Recht, eine Politik zu einer Zeit noch nicht mitzumachen, wo er ihre Richtigkeit noch nicht versteht. Aber daß die verspätete Erkenntnis des Herrn Stresemann und die falsche Führung, die er bis zum Jahre 1923 der Partei gegeben hat, es gehindert haben, daß das deutsche Volk rechtzeitig zur Einsicht und zur gemeinsamen Abwehr gekommen ist, daß infolgedessen die Unruhestifter und Wordhörer von rechts ein leichtes Spiel gehabt haben, ist eine Tatsache, die ich aufrecht erhalte.

Was die Haltung der Minister Geiler und Hamm angeht, so kommt es nicht darauf an, wie weit sie während des Verlaufes der Krise die Versuche des Reichstanzlers Marx, auch mit der Rechts in Verhandlungen einzutreten, gebilligt haben. Für wie aussichtslos der Reichstanzler Marx diese Versuche selbst gehalten hat und für wie schädlich er eine Mitwirkung der Deutschnationalen in der Regierung empfand, hat er ja wiederholt, im Gegensatz zu Herrn Stresemann, zum Ausdruck gebracht. Der Politik, die er machte, konnten sich die beiden Minister anvertrauen. Ich weiß aber, daß Herr Hamm, unter Billigung des Herrn Geiler, noch in der letzten Kabinettssitzung dafür eingetreten ist, den Reichstag nicht aufzulösen, sondern mit der jetzigen Reichsregierung vor den Reichstag zu treten und um ein Vertrauensvotum zu bitten. Diese Tatsache verschweigt Herr Stresemann, während er Ungenügen über die nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Verhandlungen des Kabinetts — wie übrigens im Kampfe gegen Herrn Schacht, auch aus den Londoner Verhandlungen — freigelegt macht.

Sie fragen, worin die Schuld der Deutschen Volkspartei liegt? Die Schuld der Deutschen Volkspartei liegt darin, daß sie nicht gegen rechts kämpfen wollte. Anstatt im August 1924 das häßliche Geschäft mit den Deutschnationalen zu schließen, hätte die Deutsche Volkspartei es darauf ankommen lassen sollen, ob die Deutschnationalen es wagen würden, das Damesgutachten zu Fall zu bringen. Hätten sie es zu Fall gebracht, so hätte sich eine klare Wahlparole für die bisherige Politik, für die Politik der Mitte, ergeben. Vernünftig aber hätten die Deutschnationalen aus Furcht vor Neuwahlen nachgegeben, auch ohne daß ihnen eine Gegengabe gewährt worden wäre. Dann hätte die bisherige Reichsregierung in unveränderter Form ihre Politik fortsetzen und den unwahrscheinlichen Fall abwarten können, daß man im Reichstag ihre Politik Schmierigkeiten bereite. Auch wenn es in die-

sem Falle zu einer Auflösung gekommen wäre, hätte es sich im Wahlkampf um die gemeinsame Parole der Fortsetzung der Politik der Mitte gehandelt. Die Schuld der Deutschen Volkspartei liegt also darin, daß sie die Politik der Mitte kampflös verlassen und sich mit einer Partei liiert hat, die diese Politik noch heute aufs Schärfste bekämpft. Die Deutsche Volkspartei hat zuverlässige Bundesgenossen im Stiche gelassen, um sich mit einem Gegner zu verbinden, der unverdöndlich gegen ihre bisherige Politik ist. Die Deutsche Volkspartei hat die Schlachtfeld verwirrt.

Sie behaupten, daß Deutschlands große Vergangenheit von unserer Partei beschimpft wurde. Wo ist das geschehen? Sollte es sich bei Ihrer Behauptung nicht um ähnliche Irrtümer handeln, wie z. B. bei der von Herrn Stresemann noch immer nicht zurückgenommene Behauptung, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hätte Herrn Bismarck nach Potsdam berufen. Wir beschimpfen nicht die Vergangenheit, aber Ihre deusignationalen Bundesgenossen beschimpfen fortgesetzt die Gegenwart, ohne daß sie darüber eine Mißbilligung äußern. Es wäre erwünscht, wenn Sie sich mit den schamlosen Flugblättern beschäftigen würden, die die Deutschnationale Volkspartei unter Auspänderung deutschvölkischer, aufrechter, antisemitischer und verleumderischer Flugblätter gegen die Republik, ihre Regierung, und ihre Autorität heute richtet. Es wäre erwünscht, wenn Sie ein Wort der Mißbilligung fänden, gegenüber der Verleumdung, die die Rechtspresse mit der gefälligen Note Herrriots begangen hat. Es wäre erwünscht, wenn Sie sich auch die Behauptungen Ihres Parteifreundes Dr. Gildemeister ansehen würden, der im Laufe des Märches von dem Riesengehalt des Ministers Geiler verbreitet und die unwahre Behauptung aufstellt, die Demokraten seien im Herbst zu den Verhandlungen wegen der Regierungsbildung deswegen nicht herangezogen worden, weil sie nach übereinstimmender Ansicht des Zentrums und der Deutschen Volkspartei im Frühjahr Indiskretionen begangen hätten. Ich könnte noch viel anführen, aber es ist zwecklos; denn die Bekämpfung der Deutschen Demokratischen Partei läßt Ihnen doch keine Zeit, sich um diese Mänschaften zu kümmern.

Wenn im übrigen der Wahlkampf von uns mit Schärfe gegen Sie geführt wird, so liegt das daran, daß Sie Ihrerseits unmittelbar nach der Reichstagsauflösung ihn vergiftet haben durch den Vorwurf, daß die Deutsche Demokratische Partei, die gemeinsam mit Ihnen Außenpolitik gemacht hat, sich von internationalen Abhängigkeiten leiten lasse. Dieser Vorwurf ist unmittelbar nach der Reichstagsauflösung von den Führern der Deutschen Volkspartei öffentlich gegen uns erhoben worden und ihn hat sich alsbald auch die „Zeit“ zu eigen gemacht. Er ist noch überboten durch den Vorwurf des Landesverrats, den bald nachher gegen einen unserer Führer, Erdelenz, die „Zeit“ und die „Nat. Ztg.“ erhoben haben. Diese Vorwürfe gegen Angehörige einer Partei, die noch vor kurzem in der Abwehr gegen ähnliche von deusignationaler Seite gegen Herrn Stresemann erhobene Vorwürfe der Deutschen Volkspartei treu zur Seite gestanden hat, sind so unerhört und so treulos, daß alle Schärfen, die von unserer Seite vorliegen müßten, dagegen gering erscheinen.

Ich darf wohl erwarten, daß diese meine Antwort auf Ihren offenen Brief, den Sie mir übrigens nicht zugestellt haben, vollständig gebracht wird.

Poincarés Freunde.

Ein den Mitteln, zu denen eine Partei im Wahlkampf greift, kann man sie erkennen.

Die Rechtsparteien arbeiteten zuerst mit den üblichen persönlichen Berührungspunkten ihrer Gegner, wie etwa Geiler, der die Mitglieber des „Reichsbanners“ als Landesverräter bezeichnete. Er hatte freilich damit kein Glück. Je näher die Wahlen rückten, desto tiefergründlicher suchte nun die Rechte nach einem jugendlichen Schläger. Der Fall Nathusius schien sich anfangs dazu zu eignen. Da er jedoch schnell aus der Welt geschafft wurde, glaubte sie endlich in dem angebliehen „Memorandum Herrriots“ über die Reichswehr ihren Einwirkungsbrief gefunden zu haben. Wie blamabel daher für sie, daß dieses Dokument sich als eine ganz gewöhnliche Fälschung entpuppte! Nur ein gemeinsamer Grundton ist von jener Angelegenheit her in der gesamten Rechtsbewegung zurückgeblieben: fast in jeder Zeile lehren Bemerkungen wieder wie: „Herrriots und seine deutschen Freunde“, unter denen die Regierungsparteien und zumal die Demokraten verstanden werden. Es ist allerdings schwer verständlich, daß man sich auf der rechten Seite davon eine propagandistische Wirkung verspricht. Die Verwackelung Herrriots mit Poincaré ist doch selbst bei dem größten politischen Unverstande unwahrscheinlich. So ergibt sich also das groteske Bild: Die Opposition erhebt gegen die Demokraten die Anschuldigung guter Beziehungen zu Herrriots, der die Räumung des Ruhrgebietes eingeleitet und Tausenden von Poincaré ausgewiesenen Leuten die Rückkehr in die Heimat ermöglicht hat! Die Rechtsparteien bezeichnen sich damit selbst als Freunde Poincarés, dessen Regime in der Tat ihrem Parteigeschäft bedeutend zuträglich war. Auf den urteilfähigen Wähler werden sie also mit der Behauptung, die Regierungsparteien seien Freunde Herrriots, keinen Eindruck machen.

Daneben arbeitet die Rechtspresse mit den stets beliebten geschichtlichen Reminiszenzen. Diese Methode hat auch den Vorzug der Einfachheit. Man nimmt die „Rote Fahne“ oder die „Freiheit“ her, etwa vom November 1918, und schon kann man nachweisen, daß Crispian oder Debedour oder irgendein Kommunist eine nicht gerade von Nationalgefühl zeugende Weigerung getan haben. Für die nationalistische Demagogie stellt es keine Rolle, daß die Weigerungen, die man in den vergilbten Zeitungsbänden ausgegraben hat, mit den Fragen, die am 7. Dezember zu entscheiden sind, nicht viel mehr zu tun haben als etwa der Sündenfall im Paradies. Was tut's — wenn nur ein Argument auf ein paar anspruchlose Wähler seine Wirkung ausübt, so darf es schon ein wenig dumm sein.

Die Demokraten haben diese Art des Wahlkampfes nicht nötig. Keine persönlichen Verkündungen, keine sechs Jahre alten Behauptungen, keine an den Haaren herangezogenen „Hätte“ und „Könnte“, sondern Tatsachen. Und es sind ihrer genug, die für sie sprechen. Die stabilisierte Mark, die ausblühende Wirtschaft, die Befreiung der Westmark, die Rückkehr der Vertriebenen usw. — soviel demokratische Taten, soviel nationale Verdienste.

Die Demokraten können daher der Entscheidung des Volkes in Ruhe entgegensehen.

Deutsch-französische Industrievereinbarungen.

Paris, 4. Dez. Die deutschen Schwerindustriellen haben einen vollständig ausgearbeiteten Vertrag nach Deutschland mitgenommen, der dort von ihren Berufskollegen und von der Reichsregierung begutachtet werden soll. Ueber den Inhalt dieses Vertrages finden sich heute im „Matin“ Andeutungen, die erkennen lassen, daß die vor einigen Tagen vom „Newport Herald“ verbreiteten Nachrichten, daß man sich dem Abschluß eines großen Kohle-Erz-Trustes näherte, nicht vollkommen auf der Luft gegriffen waren. Die Mitteilungen des „Matin“ sind begreiflicherweise vorsichtig gehalten, aber deutlich genug, um erkennen zu lassen, worauf es letzten Endes bei den gegenwärtigen Verhandlungen mit der Schwerindustrie ankommt, nicht allein nämlich auf den Abschluß eines Handelsvertrages, sondern auch eine Vertikale abzuschießen, das die Produktion und deren Verteilung auf den Weltmärkten regeln soll.

Die 26prozentige Ausfuhrsteuer.

London, 3. Dez. Das englische Schatzamt veröffentlichte folgende Kommunikation: Die englische und die deutsche Regierung trafen eine Vereinbarung, die Methode bezüglich der Einhebung der 26prozentigen Ausfuhrsteuer, die im Recovery Act vorgesehen ist, abzuändern. Die neue Methode würde nicht mehr eine individuelle Festlegung der Tage durch die deutschen Industriellen zur Folge haben. Diese Methode wird von der

Zusammentritt des neuen Reichstages am 16. Dezember.

Berlin, 3. Dezember. Der Zusammentritt des neugewählten Reichstages wird am 16. d. Mts. erfolgen. Vom Ausgang der Neuwahlen wird es abhängen, ob das alte Kabinett bis zum Zusammentritt des Parlamentes weiter besteht, oder seinen Rücktritt vorher vornimmt.

Eine neue Gehaltserhöhungsaktion der Beamten.

Berlin, 3. Dez. Die Beamtenverbände, die die Zuteilung der 10prozentigen Gehaltserhöhung als ungenügend bezeichneten, haben neue Verhandlungen über eine weitere Erhöhung der Beamtengehälter bei der Reichsregierung nachgesucht. Die Besprechung im Finanzministerium, die Ministerialdirektor Schlieben führt, findet erst nach den Wahlen statt.

Um die Rentenbank.

Die gestrige Sitzung des Reichsrates. In der gestrigen Sitzung des Reichsrates stand erneut die Frage der Umwandlung der Rentenbank zur Erbrentung. Die preussische Regierung stellte erneut den Antrag, die Angelegenheit zu vertragen. Es wurde demgemäß beschlossen, nachdem der Reichsbankpräsident, Dr. Schacht, in längeren Ausführungen sich sachlich auf denselben Standpunkt wie Preußen gestellt hatte. Dr. Schacht wurde zur Erstattung eines Gutachtens aufgefordert.

Die Kölner Räumungsfrage.

Rotterdam, 3. Dez. Die Nachricht der „Westminster Gazette“, wonach die Kölner Zone am 10. Januar von den Engländern nicht geräumt werde, hat, wie der „Courant“ in einem Londoner Telegramm feststellt, keinen amtlichen Ursprung. „Evening Times“ zufolge liegt eine Entscheidung der britischen Regierung noch nicht vor, da zunächst die Kronjuristen die Frage zu entscheiden hätten, ob die im Versailles-Vertrag festgelegte Räumung der Kölner Zone am 10. Januar zwingenden Charakter habe.

London, 3. Dez. Die „Westminster Gazette“ will wissen, daß Köln am 10. Januar von den Engländern ganz bestimmt nicht geräumt wird, ganz gleich, was die alliierte militärische Kontrollkommission über Deutschlands Entwaffnung auch berichten möge. Als Grund wird angegeben, es wäre unmöglich, die Dezentralisation der Polizei und die vier Punkte, die für die weitere Diskussion vorbehalten waren, rechtzeitig zur Zufriedenheit der Alliierten zu regeln.

Auch Brasilien verhindert japanische Einwanderung.

Wangooi, 2. Dezember. Nach einer Meldung aus Tokio benachrichtigte der brasilianische Konsul die japanische Regierung, er habe Instruktion, die Gewährung von Visa für Einwanderer nach Brasilien zu suspendieren. Der Chef der Einwanderungsabteilung des Außenministeriums erklärte, falls diese Mitteilung eine Ausreisepolitik gegen die Japaner anzeige, nehme die Lage, was Japan betreffe, einen ersten Charakter an.